

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/4580

bbp: Bundeszentrale für politische Bildung · Postfach 1369 · 53003 Bonn

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Die Vorsitzende
Postfach 7121
24171 Kiel

Bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Aktenzeichen
FBA 3102/00

Ansprechpartner
Jutta Spoden

Kontakt
Tel +49 (0) 228 99515-287
Fax +49 (0) 228 99 515-293
spoden@bbp.de

Datum
Bonn, 21.8.2009

Betreff: Antrag der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/2666
Bezug: Ihr Schreiben vom 13. Juli 2009

Stellungnahme der Bundeszentrale für politische Bildung zu Auftrag und Bedeutung der politischen Bildung in Deutschland

Die Bundeszentrale für politische Bildung wurde gebeten, anlässlich der Beratungen zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Drucksache 16/2666) eine allgemeine Stellungnahme zu Auftrag und Bedeutung der politischen Bildung in Deutschland abzugeben. Eine Empfehlung hinsichtlich der organisatorischen Anbindung der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein wird die bpb aufgrund der Bildungshoheit der Länder nicht aussprechen. Auch ließe sich ein eindeutiges Votum schwerlich treffen, da die Erfahrung aus den Bundesländern zeigt, dass erfolgreiche Arbeit in unterschiedlichen Organisationsformen möglich ist.

Auftrag und Bedeutung der politischen Bildung

Die politische Bildung verfolgt das Ziel, das Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Die Demokratie ist auf Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die nicht nur ihre Rolle als Souverän aktiv ausüben, sondern auch für grundlegende demokratische Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz eintreten.

Die politische Bildung, wie sie sich als pluralistisches Netzwerk in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt und bewährt hat, vermittelt diese Inhalte: Sie will einerseits unparteiisch Wissen und Kompetenzen vermitteln, die es den mündigen Bürgerinnen und Bürgern erlauben, sich ein eigenes Urteil zu bilden und selbstbestimmt Entscheidungen zu fällen, andererseits fußt sie auf der normativen Grundlage von Demokratie, Toleranz und Menschenrechten. Sie vermittelt das grundlegende Wissen und die erforderlichen Kompetenzen, um an

der Aus- und Fortgestaltung unserer Demokratie mitzuwirken und extremistischen Bedrohungen entgegenzutreten.

Alle Institutionen der politischen Bildung in unserem Land sind Orte, an denen sich die unterschiedlichsten Meinungen artikulieren können, es sind Ideenbörsen und Resonanzräume demokratischer Kultur. Mit vielen, zumeist interaktiven Veranstaltungsformen, aber auch mit einer Fülle von themen- und zielgruppenspezifischen Publikationen schaffen die Einrichtungen der politischen Bildung bundesweit Plattformen für Diskussionen und Debatten, die unsere Demokratie braucht.

Je heterogener eine Gesellschaft ist, umso mehr Raum muss für den öffentlichen Diskurs zur Verfügung stehen. Gerade in Zeiten beschleunigten gesellschaftlichen Wandels ist politische Bildung unverzichtbar. Die Staatsform der Demokratie, die Freiheit und Meinungspluralismus als konstituierende Elemente voraussetzt, beruht auf dem Grundkonsens über ihre Verfasstheit. An ihm mitzuwirken und für ihn einzutreten ist der kontinuierliche Auftrag aller demokratischen Akteure der politischen Bildung.

Deutschland verfügt über eine historisch gewachsene einzigartige Bildunglandschaft, in der sich die staatlichen Einrichtungen der politischen Bildung mit ihrer Verpflichtung zur Überparteilichkeit und die freien Träger, die für die pluralistische Meinungsvielfalt stehen, fruchtbar ergänzen. Dem Subsidiaritäts-Prinzip entsprechend ist die staatliche politische Bildung dort unterstützend tätig, wo die freien Träger auf Grund ihrer Größe oder ihres Auftrags an Grenzen stoßen. Die vielfältigen Kooperationen zwischen Landeszentralen und Bundeszentrale für politische Bildung fördern die bundesweite Vernetzung der Bildungsanstrengungen und führen zu vielseitigen Synergieeffekten.

A handwritten signature in black ink, reading 'Thomas Krüger'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Thomas Krüger
(Präsident)